

Wahlprüfstein DIE LINKE

EMMA

Alteburger Str. 2
50678 Köln

Gleichstellung von Frauen

Gender Pay Gap

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, auf die Wirtschaft einzuwirken in Bezug auf den so genannten Gender Pay Gap, also die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, und eine stärkere Partizipation von Frauen? Wie stehen Sie zu der Initiative, eine 40-prozentige Frauen-Quote für Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild einzuführen?

Die durchschnittlichen Frauenlöhne sind immer noch um durchschnittlich rund ein Viertel niedriger als die der Männer, auf dem Land sind es sogar ein Drittel. DIE LINKE setzt sich nachdrücklich dafür ein, diese Lohndiskriminierung von Frauen konsequent zu beenden. Aus unserer Sicht gehört dazu in erster Linie, Einfallstore für Niedriglöhne zu schließen und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei vergleichbarer Arbeit sicherzustellen.

Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass Mindestlöhne die Lohnschere schließen helfen. DIE LINKE fordert auch deshalb einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild einzuführen, der in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird.

Die Tarifpartner können und müssen zu diskriminierungsfreien Tarifverträgen gesetzlich verpflichtet werden. Zur Durchsetzung einer besseren Bezahlung für Berufe, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, fordert DIE LINKE ein Gesetz, dass die Tarifpartner zum proaktiven Abbau diskriminierender Entgeltsysteme verpflichtet.

Zudem brauchen Betroffene mehr Rechtssicherheit. DIE LINKE fordert ein echtes Verbandsklagerecht, das Verbände berechtigt sowohl im Namen und mit Einverständnis der Betroffenen zu klagen, als auch ohne individuell klagewillige Betroffene Klage zu erheben.

Hinsichtlich der Partizipation von Frauen im Erwerbsleben steht DIE LINKE konsequent für Halbe-Halbe. Die Freiwillige Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft ist gescheitert. Wir fordern daher endlich ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft.

Dieses Gesetz soll Unternehmen verpflichten, die Gleichstellung von Frauen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch passende Maßnahmen zu fördern. Und zwar solange, bis mindestens eine 50%-Quote für Frauen auf allen Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten erreicht ist.

Entsprechende Anträge zur Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern und zur Gleichstellung in der Privatwirtschaft hatte die Fraktion DIE LINKE bereits in den Bundestag eingebracht.

Elterngeld

2. Werden Sie sich für die Ausweitung der „Vätermonate“ beim Elterngeld einsetzen, sowie für eine finanzielle Verbesserung beim Elterngeld für Eltern, die beide Teilzeit arbeiten?

Seit der Einführung des Elterngeldes fordert DIE LINKE dieses zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterzuentwickeln. Wir wollen für Väter und Mütter einen nicht übertragbaren gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für Alleinerziehende für 24 Monate schaffen. Zudem wollen wir ermöglichen, dass diese Elternzeit in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes in Anspruch genommen werden kann. Ziel unserer Politik ist eine partnerschaftliche Teilung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit.

Kinderbetreuung

3. Wie werden Sie den Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen vorantreiben? Halten Sie die Ziele des Tagesbetreuungsausbaugesetzes für ausreichend? Haben Sie zum Ziel, den Besuch von Kindertagesstätten und Kindergärten kostenlos zu machen?

DIE LINKE setzt sich für eine gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche Kinderbetreuung ein, die flächendeckend garantiert sein muss. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf einen ganztägigen und gebührenfreien Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr - unabhängig von der Erwerbssituation der Eltern.

Dazu gehört für uns auch ein kostenfreies, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen. Dies sind sehr ehrgeizige Ziele, die deutlich über die des Tagesbetreuungsausbaugesetzes hinausgehen.

Die Fraktion DIE LINKE hat verschiedene parlamentarische Initiativen gestartet, um mehr Mittel, mehr Fachkräfte, eine höhere Qualität der Ausbildung, Betreuung und Arbeitsbedingungen sowie einen geringeren Betreuungsschlüssel zu erreichen. Leider wurden wir dabei von keiner anderen Bundestagsfraktion unterstützt - auch nicht von denjenigen, die sich neuerdings mit Kita-Erzieherinnen solidarisieren.

Stattdessen wurde eine Privatisierung der Kinder- und Jugendhilfe vorangetrieben, die zum Dumpingwettbewerb führt, soziale Ausgrenzung fördert und die Ausbauziele gefährdet. Denn laut Kinderförderungsgesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung können gewinnorientierte und gemeinnützige Träger von den Ländern gleich behandelt werden.

Den Ausbau von Ganztagschulen hat die Bundesregierung mit der Föderalismusreform ausgebremst. Eine Fortsetzung des Ganztagsschulprogramms ist nun nicht mehr möglich. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden:

DIE LINKE setzt sich für einen nationalen Bildungspakt ein, mit dem die öffentlichen Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden. In diesem Rahmen wollen wir ein bundesweites Förderprogramm auf den Weg bringen, das einen flächendeckenden Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen möglich macht.

Ehegattensplitting

4. Wird Ihre Partei sich für eine Abschaffung des Ehegattensplittings einsetzen?

Unser Steuersystem begünstigt mit dem Ehegattensplitting eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern, unabhängig davon, ob sie Kinder haben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dem Modell mit einem Mann als Ernährer und der Frau bestenfalls als Zuverdienerin die einseitige gesetzliche Förderung zu entziehen.

Wir fordern, das Ehegattensplitting abzuschaffen und eine individuelle Besteuerung einzuführen und tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich zu fördern.

Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare

5. Setzen Sie sich für die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare ein, hier insbesondere für das Recht auf Insemination und Adoption?

DIE LINKE setzt sich ausdrücklich dafür ein, das Adoptionsrecht auch für lesbische und schwule Paare einzuführen.

Die sexuelle Vielfalt in der Gesellschaft und die Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe sind zu akzeptieren. Noch immer werden Lesben, Schwulen, Transsexuellen und Transgendern elementare Rechte verwehrt.

Die eingetragene Partnerschaft besitzt deutlich weniger Rechte als die heterosexuelle Ehe. Im Einkommens-, Einkommenssteuer- und Erbschaftsrecht werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Die Gleichstellung muss auch hier rechtlich vollzogen werden.

Häusliche Gewalt

6. Wie möchten Sie die Hilfe für Frauen und Kinder verbessern, die Opfer Häuslicher Gewalt werden? Wie stehen Sie zu der Forderung, die Finanzierung von Frauenhäusern auf Bundesebene gesetzlich zu regeln und damit zu garantieren?

DIE LINKE streitet dafür, häusliche Gewalt entschieden zu bekämpfen. Aktuell fordern wir, das Gewaltschutzgesetz weiter zu entwickeln, eine Informationspflicht des Zivilgerichts gegenüber der Polizei und Staatsanwaltschaft zu verankern sowie die Wirksamkeit von Sanktionen gegen Gewalttäter zu prüfen.

DIE LINKE setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass alle Frauen unabhängig von sozialer Herkunft oder Aufenthaltsstatus offenen Zugang zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen erhalten. Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE wurde das Thema Frauenhausfinanzierung auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt und in einer öffentlichen Anhörung behandelt.

DIE LINKE wird sich weiterhin für die Forderung stark machen, die Finanzierung von Frauenhäusern auf Bundesebene gesetzlich zu regeln und ihre bedarfsgerechte Finanzierung zu garantieren. Die Finanzierung muss losgelöst vom SGB II erfolgen und auch die Kosten für den Aufenthalt der Kinder einschließen. Weiter fordern wir, den Lebensunterhalt geflüchteter Frauen zu sichern und ihre Unterhaltsansprüche gegenüber Partnern auf den Staat zu übertragen. Außerdem müssen von Gewalt betroffenen Frauen Zukunftschancen ermöglicht werden. Wir fordern gezielte Förderung ihrer ökonomischen Eigenständigkeit durch Aus- und Weiterbildung, soziale Sicherung oder Vermittlungsunterstützung für Existenz sichernde Erwerbsarbeit.

Kinderpornografie

7. Wie werden Sie den Kampf gegen Kinderpornografie verstärken? Wie beurteilen Sie die geplante Sperrung von Kinderpornografie-Websites durch eine Änderung des Telemediengesetzes? Wollen Sie das Personal, das Händler und Hersteller verfolgt, aufstocken?

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung von Kinderpornografie im Internet sind nichts weiter als symbolische Politik. Den Opfern von Kinderpornografie und sexueller Gewalt ist nicht geholfen, wenn die Inhalte nur verdeckt, nicht aber entfernt werden. Die Fraktion DIE LINKE hat in den Bundestag konkrete Forderungen eingebracht, die es unserer Meinung nach national und international zu entfalten gilt.

Dazu gehört unter anderem, die Personal- und Sachmittel der Strafverfolgungsbehörden mit dem Ziel zu erhöhen, Kinderpornographie durch Identifizierung der Opfer und Suche nach den missbrauchenden Tätern zu bekämpfen.

Zudem müssen die Strafverfolgungsbehörden veranlasst werden, gegen bekannte Anbieter von Kinderpornographie unverzüglich vorzugehen und bekannte Angebote auf Host-Servern sofort stilllegen zu lassen, sowie die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden im Ausland weiter

zu intensivieren.

Um Missbrauch durch Ermittlungsbehörden sowie andere staatliche und private Stellen auszuschließen, fordern wir Access Blocking auszuschließen und alle Datenbanken zur Erfassung kinderpornografischer Inhalte strikter rechtsstaatlicher Kontrolle zu unterstellen sowie richterliche Vorbehalte und effektiven Rechtsschutz stets zu ermöglichen.

Nicht zuletzt sind Prävention und Opferschutz zu stärken und ein breites Netz von Beratungs- und Aufklärungsangeboten sowie von Hilfs- und Therapieangeboten zu etablieren und zu finanzieren.

Anti-Pornografie-Gesetz

8. Planen Sie, den de facto freien Zugang Jugendlicher zu pornografischen Angeboten im Internet zu beschränken? Sind Sie für ein Anti-Pornografie-Gesetz, das die erniedrigende Darstellung von Frauen und die Verknüpfung von Sexualität und Gewalt verbietet?

DIE LINKE lehnt jedwede Art von Sexismus ab. Insbesondere die Darstellung von Frauen als Sexualobjekt in der Werbung wird von uns deutlich kritisiert. Gleichwohl planen wir keine Verschärfung des Jugendmedienschutzes. Unserer Auffassung nach bilden stattdessen Medienkompetenz und geschlechtersensible Bildung hier die Schlüsselkategorien. Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern und Erziehungsberechtigte sind gefordert, sich in elektronischen Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit Gefahren sowie schädlichen oder diskriminierenden Inhalten zu erlernen.

Geeignete Orte dafür sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die Vermittlung von Geschlechtergerechtigkeit und Medienkompetenz gehört in die Ausbildungsinhalte von Erzieherinnen, Lehrerinnen und Sozialpädagogen. DIE LINKE tritt dafür ein, die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in den Bundesländern institutionell verpflichtend zu verankern.

Frauenhandel

9. Wie wollen Sie Frauenhandel effektiv bekämpfen? Befürworten Sie ein Gesetz, das Freier bestraft, die wissentlich oder fahrlässig mit Zwangsprostituierten verkehren? Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Prostitutions-Reform von 2002? Sehen Sie hier Korrekturbedarf?

Beim Thema Frauenhandel will DIE LINKE den Opferschutz an die erste Stelle setzen. Daher fordern wir, die Aufenthalts- und sozialen Rechte der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zu stärken. Der Opferschutz darf nicht an die Aussagebereitschaft der Frauen gekoppelt werden. Zudem brauchen wir unabhängige anonyme Beratungsstellen.

Generell sehen wir das Strafrecht nicht als das geeignete Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Beim Thema Zwangsprostitution ist zu befürchten, dass die negativen Folgen eines Gesetzentwurfes zur „Freierstrafbarkeit“, dessen positive Absichten überwiegen würden.

Entscheidend ist aus unserer Sicht, Freier zu sensibilisieren und zu ermutigen, den Betroffenen zu helfen. Meist sind sie die einzigen, die Zugang zu den Frauen haben und bei Verdacht die notwendige Anzeige erstatten können.

Das Prostitutionsgesetz hatte das Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern, die sich selbstbestimmt für eine Tätigkeit als Prostituierte entschieden haben. Sie sollten Zugang zu sozialer Sicherung bekommen und die Möglichkeit haben, ihren Lohn notfalls auch vor Gericht einklagen zu können. Insgesamt sollte der gesamte Bereich der Prostitution aus der Illegalität geholt werden, um die betroffenen Frauen besser vor Gewalt zu schützen. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für diese Ziele stark machen. Bisher wurden aber entscheidende Gesetze der neuen Rechtslage nicht angepasst - weder bei der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes noch in den folgenden Jahren. Hier sehen wir dringenden Korrekturbedarf.

Migrantinnen

10. Wie wollen Sie die Situation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund verbessern? Wollen Sie Zwangsverheiratung als eigenen Straftatbestand ins Strafgesetzbuch aufnehmen? Wie wollen Sie ein ausreichendes Hilfsangebot für Mädchen herstellen, die vor Zwangsverheiratung u.ä. aus ihren Familien flüchten müssen? Wie stehen Sie zu einem Kopftuchverbot für Lehrerinnen/Beamtinnen? Wären Sie dafür, nach französischem Vorbild auch das Tragen von Kopftüchern für Schülerinnen innerhalb der Schule zu verbieten?

DIE LINKE setzt sich generell dafür ein, die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten zu stärken und ihre soziale Ausgrenzung zu beenden. Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein.

Frauen mit Migrationshintergrund wurden und werden zunehmend in geringfügige Beschäftigung, ungeschützte Arbeitsverhältnisse sowie Erwerbslosigkeit gedrängt. Gerade sie würden von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE fordert, profitieren. Wir wollen auch, dass Bildungs- und akademischen Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden, anerkannt werden. Davon würden eine halbe Million Menschen betroffen sein. Und zwar gerade Frauen, die trotz akademischem Abschluss bspw. als Putzkräfte arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden.

Nicht zuletzt fordern wir auch, geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anzuerkennen. Wir wollen dass Frauen, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung – bedroht sind, vor Abschiebung geschützt sind.

Auch beim Thema Zwangsverheiratungen steht für DIE LINKE der Opferschutz an erster Stelle. Wir fordern ein, dass ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem ersten Tag der Ehe und ein Rückkehrrecht für ins Ausland zwangsverschleppte Frauen eingeführt werden. Außerdem müssen die diskriminierenden Deutsch-Tests für einreisewillige Ehegatten wieder abgeschafft werden. Die Beratungs-, Betreuungs- und Schutzangebote und -einrichtungen für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund müssen ausgebaut und speziell in Bezug auf die Opfer von Zwangsheiraten qualifiziert, vernetzt und verstärkt werden. Entsprechende Vorschläge hat die Fraktion DIE LINKE bereits in den Bundestag eingebracht.

Zwangsverheiratung ist ein Officialdelikt und auch der Versuch ist bereits strafbar. Daher vertritt DIE LINKE mehrheitlich die Auffassung, dass ein eigener Straftatbestand der Zwangsverheiratung nicht notwendig ist, sondern die bestehende Rechtslage stärker durch Öffentlichkeitskampagnen vermittelt werden muss. Ebenfalls müssen Richter bzw. Richterinnen für diese Problematik durch entsprechende Fortbildungen stärker sensibilisiert werden.

Die Haltung zur Kopftuchfrage haben wir noch nicht abschließend diskutiert. Einigkeit besteht allerdings darin, dass alle Religionsgemeinschaften gleichbehandelt werden sollen. Also sollte entweder allen Personen die Möglichkeit eingeräumt werden, ihr religiöses Bekenntnis über bestimmte Symbole im Öffentlichen Dienst auszudrücken oder allen wird diese Möglichkeit verwehrt. Ein einseitiges „Kopftuchverbot“ lehnt DIE LINKE daher ab, insbesondere ein Verbot für Schülerinnen sehen wir nicht als zielführend an.

Frauenrechte in der Außen- und Entwicklungspolitik

11. Welche Möglichkeiten sehen Sie, sich in der Außen- und Entwicklungspolitik für Frauenrechte einzusetzen? Planen Sie, beispielsweise die Vergabe von Geldern im Rahmen der Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Frauenrechten zu knüpfen?

Entwicklungspolitik ist für DIE LINKE vor allem auch Friedenspolitik, die sich auf Konfliktprävention, die unbedingte Achtung des Völkerrechts und die Einhaltung der Menschenrechte stützt. Wir setzen

uns dafür ein, dass die UN-Resolution 1325 „Frauen und Frieden“ umgesetzt wird. Dazu gehört, dass Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen geschützt und an Friedensprozessen aktiv beteiligt werden. Wir fordern einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325.

Frauen und Mädchen werden oft noch Jahre nach der Beendigung eines Krieges oder innerstaatlichen Konfliktes zum Opfer, beispielsweise wenn sie bei ihrer täglichen Arbeit auf eine Landmine treten. DIE LINKE fordert die Herstellung, Nutzung und den Vertrieb von Streubomben und Landminen zu verbieten und den Bestand dieser Waffen zu vernichten.

Frauen spielen für die beständige Entwicklung auf allen Ebenen, in der Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären Zusammenhängen, eine tragende und entscheidende Rolle. Erfolgreiche Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite Erfahrungen – ist immer auch aktive Frauenförderungspolitik. DIE LINKE fordert daher Frauenförderung zum entwicklungspolitischen Schwerpunkt zu machen.

Dazu gehört Geschlechtergerechtigkeit auf allen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ebenen konsequent zu fördern; bei der Vergabe von Geldern die jeweilige geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (beispielsweise in der Agrarproduktion) zu berücksichtigen; in Frauenförderungsprojekte zu investieren und eine qualitativ gute Grundbildung für Mädchen und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen zu unterstützen.

Als Landwirtinnen und Kleinhändlerinnen sind Frauen in den Ländern des Südens auch Leidtragende von ungerechten Handelsstrukturen, etwa wenn sie durch Importe aus der Europäischen Union und von internationalen Agrarkonzernen aus den regionalen Märkten verdrängt werden. DIE LINKE fordert deshalb strukturelle Veränderungen in der internationalen Handels- und Wirtschaftspolitik hin zu solidarischen Nord-Süd-Beziehungen.